

Einstimmige Ablehnung

Willingen sagt Nein zur Windkraft

Veröffentlicht am 21.02.17 um 13:32 Uhr



Der Energie-Regionalplan Nordhessen hält Windkraftanlagen um Willingen für möglich (blau schraffierte Flächen auf Kartenausschnitt). Das Upland ist bei Touristen beliebt. Bild © picture-alliance/dpa, RP Kassel

Das Gemeindeparlament von Willingen hat sich einstimmig gegen die Pläne zum Bau von zwei Windparks gestellt. Das letzte Wort in der Angelegenheit ist damit aber noch lange nicht gesprochen.

Von Thomas Korte (hr-iNFO)

Die Gemeindevertreter stellten sich in ihrer Sitzung am Montagabend gegen die Pläne der Regionalversammlung. Die Vertreter von CDU, SPD, FDP und Freien Wählern verweigerten damit ihr Einvernehmen für die von der Regionalversammlung des Regierungspräsidiums Kassel festgelegten Vorrangflächen für Windkraftanlagen im Regionalplan Nordhessen. Dort sind zwei Parks mit drei beziehungsweise vier Anlagen rund um den Ortsteil Usseln vorgesehen. Mit dem Nein zu den Plänen stoppt die Gemeinde zunächst direkt das weitere baurechtliche Verfahren.

Bürgermeister Thomas Trachte trug in der Sitzung alle juristischen Bedenken und rechtlichen Möglichkeiten vor. Im Zuge der jahrelangen Suche nach geeigneten Flächen für Windräder in Nordhessen hatte die Gemeinde Willingen immer wieder den optischen und technischen Eingriff in das Landschaftsbild des Mittelgebirges am östlichen Rand des Sauerlandes als Gründe gegen das Projekt vorgetragen. In zahlreichen Erklärungen, Vergleichsstudien und unterschiedlichen Bewertungen von Fachleuten sei die ablehnende Haltung begründet worden, so Trachte.

Sorge um Kurort-Prädikat

Windparks zerstören nach Ansicht der Kommunalpolitiker die Erholungsfunktion des Waldes und haben auch Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Tieren, vor allem Vögeln. Zudem passten ein naturverträglicher Tourismus und riesige Windkraftträder nicht zusammen. Die Gemeinde befürchtet sogar einen Rückgang der Gästezahlen und damit auch Auswirkungen auf die Kategorisierung als hessischer Kur- und Luftkurort.

Die Gemeinde Willingen weist im Zuge des Neins zum Einvernehmen des Projektvorhabens Windparks auch auf die Belastungen für die eigenen Bürger hin. In vielen Fällen sei bei den vorgesehenen Standorten der gesetzlich vorgeschriebene Abstand zwischen der Wohnbebauung und den Anlagen nicht einzuhalten. Das verschlechtere die Lebensqualität der Menschen. Eisschlag im Winter sei nicht nur für die dort lebenden Menschen, sondern auch für Gäste und Wanderer gefährlich.

Regierungspräsidium kann Entscheidung übergehen

Der Blick in den benachbarten Naturpark Diemelsee zeige, welche Auswirkungen der Bau von Windkraftanlagen habe. Rund um den Diemelstausee und um die Orte der Gemeinde Diemelsee stehen bereits rund 100 Anlagen. Das Maß sei voll, weitere Anlagen seien nicht verkraftbar, so Willingens Bürgermeister Trachte. Zwar könne der Regierungspräsident das verweigerte Einvernehmen der Kommune ersetzen und damit übergehen. Dafür seien aber hohe rechtliche Hürden zu überwinden. Zudem könne die ganze Angelegenheit am Ende von Gerichten entschieden werden. In ähnlichen Fällen habe es juristische Urteile gegeben, die zeigen, dass neben dem Thema Natur in Sachen Windkraft auch mit dem Thema Tourismus sensibel umgegangen werden müsse und dass Willingen im Recht sei, erklärte Bürgermeister Trachte abschließend.

Sendung: hr1-START, 21.02.2017, 06:54 Uhr

Quelle: hessenschau.de